Zwar liegt grundsätzlich nach § 29 BMV-Ä die Verordnung von Arzneimitteln in der Verantwortung des Vertragsarztes und die Genehmigung von Arzneimittelverordnungen durch die Krankenkasse ist unzulässig. Der Vertragsarzt darf Arzneimittel nur dann zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung verordnen, wenn die Gewähr von Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit besteht. Der Kl. konnte auch nicht auf einen Zusammenhang zwischen arzneimittelrechtlicher Verkehrsfähigkeit und Verordnungsfähigkeit im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung vertrauen (BSG v. 6. 5. 2009 – B 6 KA 3/08 R –, juris, Rdnr. 30). Im vorliegenden Fall liegt jedoch die Besonderheit vor, dass die Versicherte und der Kl. ausdrücklich bei der Beigeladenen zu 2 als zuständiger Krankenkasse nachgefragt haben, ob der Versicherten das Arzneimittel Wobe Mugos E zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung verordnet werden darf. Diese hat nicht darauf verwiesen, dass die Entscheidung hierüber dem Kl. als Vertragsarzt obliegt, sondern sie hat ausdrücklich die Zulässigkeit der Verordnung im konkreten Einzelfall bejaht. Dies hat der Kl. mehrfach glaubhaft dargelegt; der Senat hat keine Veranlassung, an seinen Angaben zu

zweifeln. Die Beigeladene zu 2 hat somit in einer Zeit, in der zur Frage der Verordnungsfähigkeit des Arzneimittels zu Lasten der gesetzlichen Krankenkassen unterschiedliche Ansichten bestanden und eine Klärung durch die Rechtsprechung noch nicht erfolgt war, ausdrücklich gegenüber dem Kl. die Verordnungsfähigkeit im vorliegenden Einzelfall bestätigt. Soweit der Bekl. und die Beigeladene zu 1 sich auf § 34 SGB X berufen, ist ihnen entgegenzuhalten, dass diese Bestimmung, die den Erlass eines Verwaltungsaktes betrifft, nicht einschlägig ist. Eine schriftliche Erklärung ist nicht zwingend Voraussetzung für die Bejahung eines Vertrauensschutzes, vielmehr ist eine Würdigung der gesamten Umstände des Einzelfalles vorzunehmen. Danach konnte der Kl. vorliegend darauf vertrauen, dass die Beigeladene zu 2 keinen Antrag auf Durchführung eines Verfahrens zur Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Verordnung des Arzneimittels stellt und der Bekl. keinen Regress feststellt (vgl. auch zur vorherigen Rückfrage bei Off-Label-Verordnungen: BSG v. 31. 5. 2006 – B 6 KA 53/05 B –, Rdnr. 13; BSG v. 5. 5. 2010 – B 6 KA 6/09 R –, juris, Rdnr. 43).

[...]

REZENSIONEN

DOI: 10.1007/s00350-012-3251-x

Der Gemeinsame Bundesausschuss.

Von Christian Zimmermann. (Kölner Schriften zum Medizinrecht, Bd. 8). Verlag Springer, Heidelberg 2012, XX u. 326 S., geb., €99,95

Für den Vorsitzenden des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) verbietet es sich, vor Entscheidungen über die auf gesetzlicher Grundlage zu beschließenden Richtlinien nach deren verfassungsrechtlicher Grundlage zu fragen. Solange das Sozialgesetzbuch den Gemeinsamen Bundesausschuss in seiner Organisationsstruktur festlegt und ihn mit der Beschlussfassung normativer Richtlinien beauftragt, ist auch der Vorsitzende daran mit der Maßgabe gebunden, dass die Klärung offener Rechtsfragen durch die Rechtsaufsicht des BMG, durch die Sozialgerichtsbarkeit oder letztlich das BVerfG erfolgt. Gerade deswegen ist es wichtig, dass sich die Rechtswissenschaft mit den Rechtsgrundlagen dieses für die gesetzliche Krankenversicherung wichtigsten Entscheidungsgremiums befasst und vor dem Hintergrund der Tragweite seiner Beschlüsse auch bei den Entscheidungsträgern eine Sensibilität für deren jeweils notwendige Rechtfertigung schafft. Das auf einer Dissertation an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln basierende Buch von *Christian Zimmermann* über den Gemeinsamen Bundesausschuss ist dafür sehr gut geeignet. Auf der Grundlage einer übersichtlichen Darstellung von Organisationsstruktur und Aufgabendarstellung nicht nur des G-BA, sondern auch seiner Trägerorganisationen DKG, KBV, KZBV, GKV-Spitzenverband im 1. Teil des Buches erfolgt im zweiten Teil eine klar gegliederte Analyse der rechtlichen Einordnung der Richtlinien, ihrer Rechtsqualität, ihrer Grundrechtsrelevanz sowie der institutionellen und demokratischen Legitimation des G-BA, zu ihrer Beschlussfassung. *Zimmermann* setzt sich dabei insbesondere mit den kritischen hierzu vertretenen Lehrmeinungen und Kommentaren auseinander und bejaht im Ergebnis die demokratische Legitimation unter Anwendung des Modells einer kollektiv-personellen Legitimation funktionaler Selbstverwaltungsträger. Der dritte Teil des Buches enthält eine eingehende Darstellung und Bewertung

der Integration neuer Untersuchungs- und Behandlungsmethoden in den Leistungsanspruch des Versicherten. *Zimmermann* führt den Leser von der Darstellung der rechtlichen Grundlagen des Leistungsanspruchs des Versicherten über die Interpretation der für seine inhaltliche Ausgestaltung maßgeblichen unbestimmten Rechtsbegriffe „ausreichend, zweckmäßig, notwendig, wirtschaftlich“ hin zum Bewertungsverfahren des G-BA und der Bewertungsmethodik des von ihm beauftragten wissenschaftlichen Instituts, IWQIG, soweit es die Anerkennung neuer Untersuchungs- und Behandlungsmethoden auf der Grundlage einer Bewertung von Nutzen und Wirtschaftlichkeit betrifft. Von besonderem Interesse sind die für einen Juristen bemerkenswert fachkundigen Auseinandersetzungen mit den für diese Bewertung maßgebenden internationalen Standards der evidenzbasierten Medizin und der Gesundheitsökonomie. Insbesondere die Ausführungen zu den nach wie vor nicht abschließend geklärten gesundheitsökonomischen Anforderungen an eine Kosten/Nutzen-Bewertung in Deutschland sind aktuell und von hohem Interesse.

Menschenwürde am Lebensanfang und am Lebensende und strafrechtlicher Lebensschutz.

Von Jens Rohrer. Verlag Duncker & Humblot, Berlin 2012, 358 S., geb., €78,00

Wer über den strafrechtlichen Lebensschutz am Lebensanfang und am Lebensende schreibt, kommt nicht umhin, sich ausführlich mit den verfassungsrechtlichen Vorgaben auseinanderzusetzen. In der Interpretation der verfassungsrechtlichen Garantien des Lebensrechts und der Menschenwürde (Art. 2 Abs. 2 S. 1 und Art. 1 Abs. 1 GG) werden Weichen gestellt und fallen Vorentscheidungen. Es überrascht daher nicht, dass die hier anzuzeigende, vom Heidelberger Strafrechtler *Dölling* betreute strafrechtliche Dissertation im Kern eine verfassungsrechtliche Arbeit ist.